



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Psychosoziale Prozessbegleitung e.V.

Aktuell seit 20.06.2026 10:37:13

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R006574
Ersteintrag:	21.03.2024
Letzte Änderung:	20.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	20.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Lefèvrestr. 23 12161 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491736787218 E-Mail-Adressen: infobppev@gmail.com Webseiten: www.bpp-bundesverband.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Maria Rosenblatt**
Funktion: 1. Vorsitzende
2. **Stefanie Walter**
Funktion: 2. Vorsitzende
3. **Beate Müller**
Funktion: Kassenwartin
4. **Manuela Beck**
Funktion: Vorstandsmitglied
5. **Sonja Seybold**
Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Maria Rosenblatt**
2. **Stefanie Walter**
3. **Beate Müller**
4. **Manuela Beck**
5. **Sonja Seybold**

Gesamtzahl der Mitglieder:

124 Mitglieder am 20.06.2026, ausschließlich natürliche Personen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Strafrecht; Unterstützung Betroffener von Straftaten während des Strafverfahrens

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband der Psychosozialen Prozessbegleitung ist ein Zusammenschluss von in Deutschland anerkannten Psychosozialen Prozessbegleiter:innen. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, das Instrument der Psychosoziale Prozessbegleitung bekannter zu machen, eine angemessene Entlohnung zu erreichen und für möglichst viele Betroffene eine unkomplizierte Beordnung zu erreichen.

Der Bundesverband ist in ständigem Austausch mit seinen Mitgliedern, den Justizministerien und Vertretern aus Politik und Wissenschaft.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Erleichterung der Zugänge zur Psychosozialen Prozessbegleitung; bessere Vergütung

Beschreibung:

Beiordnung minderjähriger Verletzter von Amts wegen bzw. Übertragung des Antragsrecht auf die Staatsanwaltschaft

eventuelle Entbehrlichkeit bzw. Konkretisierung der besonderen Schutzbedürftigkeit in § 406g Absatz 3 StPO bei erwachsenen Verletzten (zumindest bei bestimmten Deliktgruppen)

Beiordnung bei häuslicher Gewalt insbesondere in gravierenden Fällen

Benachrichtigung der psychosozialen Prozessbegleitung vom Termin

Vergütung: insb. Regelung zur dritten Stufe (§ 6 Satz 1 Nummer 3 PsychPbG) sowie

Ermöglichung rückwirkender Beiordnung; Erhöhung der Pauschalen

Betroffenes geltendes Recht:

PsychPbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]; Unterstützung Betroffener von Straftaten während des Strafverfahrens

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601170001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Abschluss-2025.pdf](#)